

Parlamentarier ringen um Verbot der Kernkraft

Debatte um Blackout-Initiative In Bundesbern läuft der Streit um das Ende des Kernkraftverbots heiss. Finanzpolitiker machten Druck auf Energiepolitiker, Kosten und Risiken von Atomkraftwerken stärker zu berücksichtigen. Sie blitzten damit ab.

Cyrill Pinto

Drei Wochen ist es her, dass der Ständerat eine energiepolitische Wende eingeleitet hat: Die Schweiz soll das Bauverbot für Kernkraftwerke wieder aufheben, das nach der Reaktor-katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 verhängt worden war. Nun wird im Bundeshaus hinter verschlossenen Türen um dieses Verbot gerungen – und zwar mit bemerkenswerter Härte.

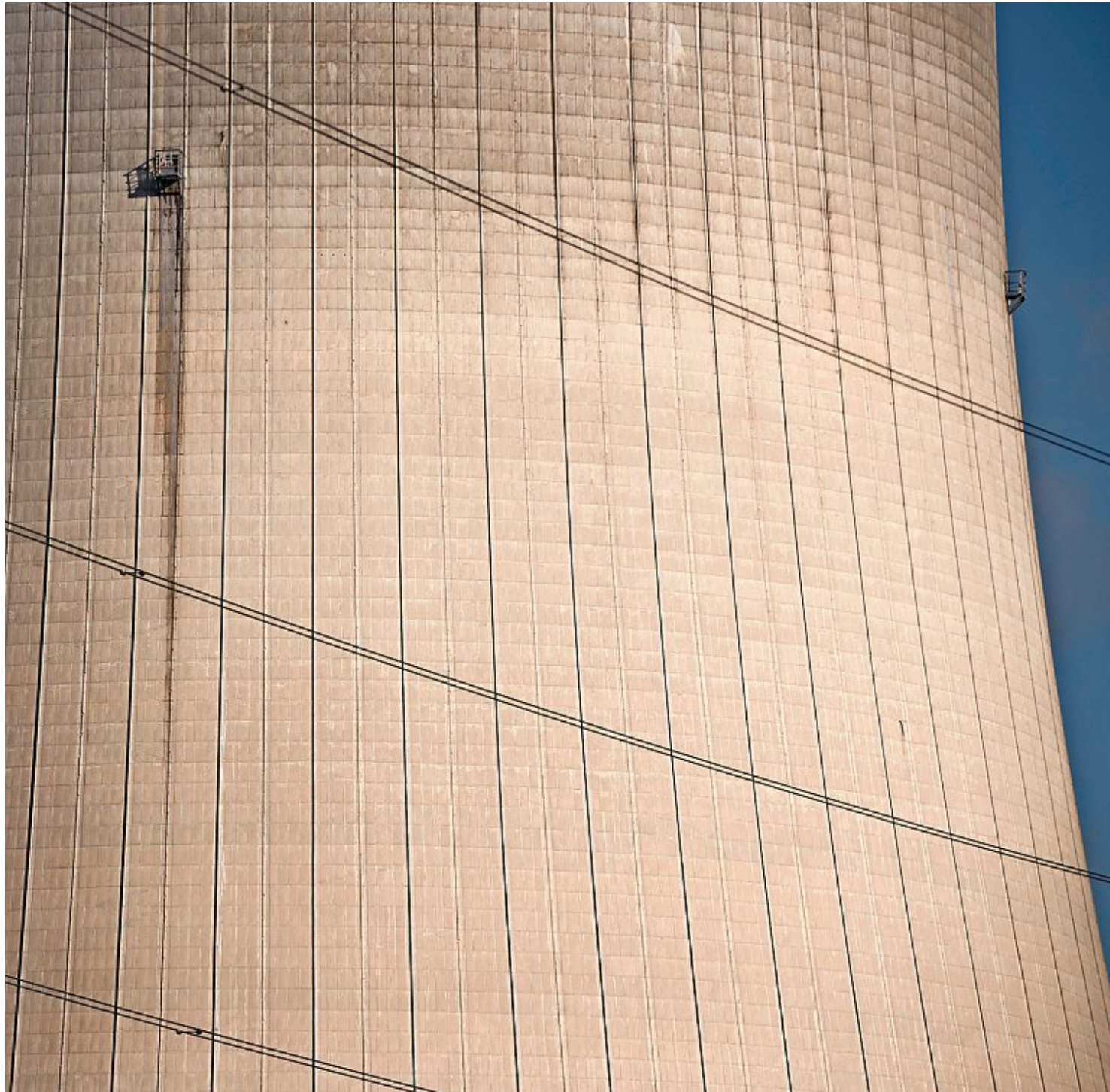
Hintergrund ist die «Blackout»-Volksinitiative, die das Parlament zurzeit diskutiert. Diese will das Verbot aufheben. Energieminister Albert Rösti hat einen Gegenvorschlag lanciert, der dasselbe Ziel verfolgt. Nun versuchen die Atombefürworter und -gegner, das Momentum auf ihre Seite zu ziehen. Interessant insbesondere: Auch die Finanzpolitikerinnen und -politiker haben sich eingemischt.

Knappe Entscheidung

Nach dem Ständerat geht das Geschäft in den Nationalrat. Recherchen zeigen: Dessen Finanzkommission verfasste einen vertraulichen Mitbericht an die Energiepolitiker in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek-N). Das Papier, das dieser Redaktion vorliegt, setzt sich kritisch mit der Kernkraft auseinander.

Zentrale Botschaft: Die Schweiz muss Kosten und Risiken der Kernenergie von Beginn weg im Kopf haben, wenn sie einen Grundsatzentscheid fällt. Entsprechend empfehlen die Finanzpolitiker den Energiepolitikern der Urek-N, diese Überlegungen auch in ihren Vorentscheid zum Ausstiegsverbot einzubeziehen. Und die Risiken zu benennen.

Nur: Die Energiepolitiker wollen davon nichts wissen. Die Energiekommission des Nationalrats hat den Mitbericht Anfang Woche abgelehnt, wie mehrere voneinander unabhängige Quellen bestätigen. Der Entscheid fiel äusserst knapp aus: mit 13 zu 12 Stimmen. Auch Kom-



Nach der Reaktor Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 war ein Baustopp für Kernkraftwerke verhängt worden: AKW Gösgen. Foto: Urs Jaudas

missionspräsident Nicolò Paganini (Mitte) stimmte dagegen.

Der Vorgang schlägt in Bundesbern Wellen. Dass ausgerechnet die Finanzkommission auf die Bremse treten wollte, ist bri-

sant. Noch brisanter ist, dass nun die Urek-N diesen Warnruf beiseitegeschoben hat – und ausgerechnet ein Mitte-Politiker das Zünglein an der Waage spielte. Jener Partei also, die 2017 mit

der damaligen Bundesrätin Doris Leuthard den Atomausstieg entscheidend mitgetragen hatte. Die Finanzkommission hat eine Reihe von Experten angehört: Vertreter des Bundes und externe

Fachleute, etwa den Oxford-Forscher Alexander Budzier. Die Befunde der Kommission: Die Bauzeit eines neuen Reaktors würde im besten Fall bei rund acht Jahren liegen. Die Baukosten wer-

den auf mindestens 13 Milliarden Franken pro Reaktor geschätzt. Bei praktisch allen jüngeren Projekten im Ausland kam es zu massiven Verzögerungen und Kostenüberschreitungen.

SP-Nationalrätin Ursula Zybach hat den Mitbericht initiiert. «Wenn wir über neue AKW sprechen, müssen wir auch über die finanziellen Folgen für die Steuerzahler sprechen», sagt sie. Die lange Bauzeit und die hohen Kosten seien erhebliche Risiken für die öffentliche Hand. Gerade weil neue AKW ohne staatliche Risikoübernahme kaum finanzierbar erscheinen würden, sei die Finanzfrage zentral.

Rösti drückt aufs Tempo

In der Urek-N setzte sich trotzdem die Auffassung durch, man müsse zuerst den Grundsatzentscheid fällen – also AKW ja oder nein – und erst danach über die Finanzierung sprechen. Damit hat die Kommissionsmehrheit die Einwände der Finanzpolitiker vorerst aus dem Weg geräumt. Offiziell will man erst nach der nächsten Beratung kommunizieren. Den umstrittenen Entscheid hat man mit keinem Wort erwähnt. Auf Anfrage will sich Präsident Paganini nicht zum Thema äussern und verweist auf das Kommissionsgeheimnis.

Gleichzeitig drückt Bundesrat Rösti aufs Tempo. Hinter verschlossenen Türen argumentiere er sehr emotional, berichten mehrere Teilnehmer. Für Aufsehen sorgte, dass er selbst in der zuständigen Subkommission persönlich vor Ort war – ein seltener Vorgang.

Die AKW-Frage hat für Rösti offenbar Priorität. Bisher ging seine Strategie auf. In seinem Departement rechnet man damit, dass die parlamentarische Beratung zur Blackout-Initiative bereits im Sommer abgeschlossen werden könnte. Dann wäre schon im November eine Volksabstimmung möglich. Der AKW-Streit tritt damit in seine entscheidende Phase.